

# Schwandorfer CSU will das Wahlgesetz vereinfachen

**ABSTIMMUNG** Die Kreisdelegierten bringen den Reformvorschlag für den Parteitag im Oktober auf den Weg. Europaministerin Emilia Müller zieht Bilanz.

VON RALF GOHLKE

**WACKERSDORF.** Für Diskussionsstoff sorgte ein Antrag des CSU-Ortsverbandes Schwandorf bei der Kreisdelegiertenversammlung am Montag im Gasthof „Glück Auf“ in Wackersdorf. Laut Vorsitzendem Andreas Wopperer setzt sich sein Ortsverband dafür ein, das Landkreis- und Gemeindevahlgesetz so zu ändern, dass bei den Wahlen von Landräten sowie Ersten und Oberbürgermeistern keine absolute Mehrheit mehr nötig sein sollte und damit die Stichwahlen wegfielen. Der Antrag soll beim CSU-Parteitag im Oktober eingebracht werden.

Wopperer erläuterte, dass es grundsätzlich richtig sei, Landräte und Bürgermeister in ihrer herausgehobenen Stellung auf eine breite demokratische Basis zu stellen. Dem stellte er die Entwicklung bei der Wahlbeteiligung und der Anzahl der Kandidaten gegenüber. Häufig ginge es dabei nicht um die Erlangung des höchsten Amtes, sondern nur um eine bessere Ausgangsposition für die Wahl, oder eine bessere Verhandlungsposition bei der Besetzung von Ausschüssen durch die Unterstützung eines Stichwahlkandidaten.

Bei fünf und mehr Bewerbern werde die Stichwahl immer mehr zur Regel. Bei ständig sinkender Wahlbeteiligung könne aber nicht mehr von einer „breiten Basis“ gesprochen werden. Stichwahlen machten nur Sinn, wenn im ersten Wahlgang Bewerber tatsächlich Stimmgleichheit erreicht hätten. Wopperer nannte weitere Gründe, die eine Abschaffung sinnvoll erscheinen ließe, wie den Personal- und Kostenaufwand, oder dass bei Landtags- und Bundestagswahlen die einfache

Mehrheit genüge, ebenso wie in anderen Bundesländern.

Der Antrag war auch von der Kreisvorstandschaft behandelt und als Empfehlung in die Tagesordnung aufgenommen worden. Zu den Kritikern gehörte unter anderem MdL Otto Zeitler, der erklärte, das Thema sei bereits auf Landesebene erörtert, aber verworfen worden. Er hegte zudem Zweifel, dass der Koalitionspartner FDP das Vorhaben unterstütze. Letztendlich stimmten 53 Delegierte für und 34 Delegierte dagegen.

Den eigentlichen Schwerpunkt der Versammlung bildete die Bilanz der Europaministerin und CSU-Bezirksvorsitzenden Emilia Müller, die einen ganzen Tag lang Unternehmen im Landkreis besucht hatte. Sie erklärte, dass die Region über viele „Global Player“ verfüge, die eine Perspektive für die berufliche Entwicklung junger Menschen böten. Umso mehr sei es wichtig, die Europaregion Donau-Moldau zu forcieren, um nicht in die Abhängigkeit der Metropolregionen Nürnberg und München zu geraten. Themen waren auch die Bahnverbindungen, die Bundeswehrstruktur, der Atomkonsens und die Bildung.



EU-Ministerin Emilia Müller Foto: ggo

## DER ANTRAG ZUM CSU-PARTEITAG IM OKTOBER

► **Der Parteitag** wolle beschließen, dass sich die CSU dafür einsetzt, dass das Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz dahin gehend geändert wird, dass bei den Wahlen der Landräte sowie Ersten und Oberbürgermeistern die absolute Mehrheit für die Wahl nicht mehr notwendig ist.

► **Artikel 46/Absatz 1, Satz 1** solle lauten: „Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.“

► **Die hiermit in Verbindung stehenden Abschnitte** des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes sind dementsprechend abzuändern beziehungsweise zu streichen.